

V0010/23

**Neugründung 3. staatliche Realschule in der Stadt Ingolstadt;**  
**Schulentwicklung und Beschluss zur Übernahme Sachaufwandsträgerschaft**  
**(Referent: Herr Engert)**

**Stadtrat vom 28.02.2023**

Stadtrat Dr. Schickel merkt an, dass am Schulbau und am Zustand der Schule die Wertschätzung der Kommune für die Bildung und der Schüler erkennbar sei. Insofern zeigt er sich über das Motto des Schulverwaltungsamtes „agieren statt reagieren“ erfreut. Erfreulich sei auch der Bau einer dritten Realschule in Ingolstadt, denn die Kapazitätsgrenzen seien in zwei Jahren erreicht. Stadtrat Dr. Schickel fragt nach, wo die überzähligen Schüler untergebracht werden, wenn nach zwei Jahren keine Fertigstellung der Schule erfolgt sei. Da die Kapazitätsgrenzen der Gymnasien seines Erachtens auch erreicht seien, stelle sich diese Frage auch hier. Letztendlich werde dies dann auf einen Containerstandort für die Schüler hinauslaufen. Dies könne aber nicht das Ziel und der Anspruch der Stadt Ingolstadt sein. Stadtrat Schickel weist ganz explizit, wie bereits vor einem Jahr darauf hin, dass dieser verbindliche Zeitplan ein Meilenstein für den Schulbau in Ingolstadt sei. Stadtrat Dr. Schickel bittet im nächsten Kulturausschuss, bzw. Stadtrat um Information der konkreten Planungen für die Standorte und die Unterbringungsmöglichkeiten der Schüler. Gleichzeitig spricht er sein Lob und seine Anerkennung an das Schulverwaltungsamt für die geleistete Arbeit der letzten Jahre im Hinblick auf den Schülerzuwachs aus.

Wenn die Wertschätzung einer Stadt vom Schulbau abhängig ist, sei Ingolstadt auf einem guten Weg, da sehr viele neue Schulgebäude nach dem Lernraumkonzept errichtet werden, so Herr Engert. An Stadtrat Dr. Schickel gewandt teilt Herr Engert mit, dass seit Jahren agiert werde, auch wenn man in diesem Land an alle möglichen Regelungen und Abstimmungsnotwendigkeiten gebunden sei. Dies bedeute, dass nur mit den Möglichkeiten agiert werden könne, die zur Verfügung stehen. Die Analyse zu den Gymnasien sei nicht ganz zutreffend, so Herr Engert. Es gebe zwar Gymnasien die überlastet, andere aber durchaus aufnahmefähig seien. Es sei bekannt, dass künftig für eine bessere Verteilung innerhalb der Gymnasien gesorgt werden müsse. Hier sei die Situation so, dass für die Ingolstädter Schüler langfristig Gymnasialplätze gegeben seien. Herr Engert verweist hier auf 36 Prozent Pendler aus den Landkreisen. Die Landkreise schaffen nun gemeinsam mit der Stadt den notwendigen Schulraum. Er stellt klar, dass für die Ingolstädter Schüler die Gymnasien Plätze ausreichen. Bei den Realschulen erreiche man in den nächsten drei Jahre die Kapazitätsgrenze. Deshalb müsse eine neue Realschule gebaut werden. Im Hinblick auf die Genehmigungsläufe stelle sich die Errichtung eines Neubaus in dieser Zeit als schwierig dar. Die favorisierte Lösung von Herrn Engert sei bis zur Fertigstellung des Neubaus das Wirtschaftsschulgebäude am Brückenkopf zu nutzen.

Grundsätzlich sei dies richtig, wenn sich über lange Verfahren beklagt werde. Oberbürgermeister Dr. Scharpf betont, dass die Kommunen nicht deswegen so langsam sind, weil sich diese selbst die Regelungen geben, sondern weil man an das europäische Vergabeverfahren gebunden sei. Dies sei eine Bundes- und Landesvorgabe und habe mittlerweile ein großes Ausmaß an Bürokratie und Überregulierung erreicht. Nach den Worten von Oberbürgermeister Dr. Scharpf müsse dies entschlackt, bzw. endbürokratisiert werden, da ansonsten jeder Schulbau viel zu lange dauert.

Die Stadt stehe vor einer riesigen Herausforderung, so Stadtrat Reibenspieß. Dabei verweist er auf die steigenden Geburtenzahlen. Auch der Zuzug sei weiterhin gegeben. Dies bedeute im Bildungsbereich, dass hier gewaltig Gas gegeben werden müsse. Die Planungen seien hier entsprechend. Stadtrat Reibenspieß freue sich sehr über den Bau einer weiteren Realschule. Er warne aber dringend davor, besonders im Hinblick auf den pädagogischen Aspekt, großen Schulzentren zu schaffen, wo eine sehr hohe Anzahl an Schülern aufeinandertreffe. Ihm sei bekannt, dass sich dies wegen der Grundstücksproblematik als schwierig darstelle. Stadtrat Reibenspieß merkt an, dass er seine Anregung künftig bei Entscheidungen ganz vehement mit einbringen werde.

Stadtrat Dr. Schuhmann zeigt sich überrascht über die Wortmeldung von Stadtrat Dr. Schickel. Die SPD-Stadtratsfraktion habe dies schon vor Jahren gefordert. Es müsse aber die historische Entwicklung betrachtet werden. Immer mehr haben auf die weiterführenden Schulen gedrängt. Bei einer damaligen vorausschauenden Planung sei versucht worden, mit dem Landkreis Eichstätt ein gemeinsames Gymnasium zu errichten. Dies sei schnell übergreifend geschaffen worden. Allerdings müsse das Gymnasium Gaimersheim erweitert werden. Die Realschule in Kösching müsse auch erweitert werden. An diesen Dingen könne eine Kommunalpolitik nur arbeiten, um etwas zu verbessern. Insofern seien die versteckten Vorwürfe von Stadtrat Dr. Schickel nicht nötig gewesen. Stadtrat Dr. Schuhmann bittet darum, hier an einem Strang zu ziehen.

Hierbei habe es sich um keine versteckten Vorwürfe gehandelt, so Stadtrat Wöhrle. Der Hinweis seines Kollegen habe sich darauf bezogen, was man selbst in der Hand habe, möglichst schnell und zügig umzusetzen.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.